

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Bornheim

Dr. Michael Pacyna (Pressesprecher)
Tel.: 02222/5906
Bornheim, 13.01.2005



Sehr geehrte Redaktion,
wir bitten um Veröffentlichung der folgenden Meldung über wichtige, große Teile der Bevölkerung tangierende Beschlüsse des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften am 12.01.2005.
Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen und freundlichen Grüßen

Michael Pacyna

Signale für Bornheims Stadtentwicklung gesetzt Neue Mehrheit überarbeitet Straßenbau-Programm und kippt Bebauungspläne

Bornheim. Deutliche Zeichen für eine andere Stadtentwicklung setzte jetzt die neue Mehrheit im Bornheimer Stadtrat auf einer Sondersitzung des Verkehrs-, Planungs- und Liegenschaftsausschusses bei den Themen Straßenbau-Programm und Bebauungsplanung.

Bereits im November des vergangenen Jahres hatte der Rat beschlossen, sechs Bebauungspläne auf den Prüfstand zu stellen, deren Aufstellung die frühere CDU-Mehrheit gegen den Willen von SPD, Grünen, UWG und FDP durchgesetzt hatte. Angesichts der desolaten Haushaltslage hatten die Fraktionen allerdings übereinstimmend angekündigt, diese Planungen nur dann zu kippen, wenn der Stadt keine Entschädigungsansprüche drohten.

Bei einer Aufhebung des von der Bevölkerung heftig abgelehnten Bebauungsplan Roisdorf 16 zwischen Donnerstein, Oberdorfer Weg, Ehrental und Rebengarten kämen nach Ausführung der Verwaltung „enorme Kosten“ auf die Stadt zu. Die neue Mehrheit nahm dies mit Bedauern zur Kenntnis. Möglicherweise kommt es allerdings zu einer erheblichen Reduzierung des durch das neue Baugebiet verursachten Verkehrsaufkommens. Der Bedarf für den in der Planung vorgesehenen Kindergarten ist nämlich fraglich. Der Bürgermeister klärt zurzeit diese Frage.

Bei einem Stopp der ebenfalls überprüften Bebauungspläne Bornheim 05 zwischen Kalkstraße und Vorgebirgsbahn, Bornheim 08 zwischen Hohlenberg und L 183 sowie Brenig 34 zwischen Klippe und Hellstraße besteht dagegen keine Gefahr, dass Entschädigungsansprüche gegenüber der Stadt durchgesetzt werden könnten. Hier liegen bisher nämlich nur Aufstellungsbeschlüsse vor. Dem Antrag der Grünen, den Bürgermeister damit zu beauftragen, „die notwendigen Schritte zur Einstellung der Planung für diese Bebauungspläne einzuleiten“, schlossen sich SPD, UWG und FDP an, während sich die CDU der Stimme enthielt.

Entscheidungen über die ebenfalls auf den Prüfstand gestellten Bebauungspläne Widdig 01.1 und Merten 02 sollen in der nächsten Sitzung des Ausschusses Anfang Februar fallen. Zurzeit bewertet die Verwaltung hier noch die komplexe Rechtslage. Insgesamt soll die Stadtplanung durch eine von SPD, Grünen, UWG und FDP beschlossene grundsätzliche Überarbeitung des Flächennutzungsplans in geordnete Bahnen gelenkt werden.

Bereits vor der Kommunalwahl hatten die früheren Oppositionsparteien angekündigt, dass Straßenbau-Programm zu überarbeiten und zu strecken. Der Grüne Planungssprecher Dr. Michael Pacyna begründete dies u.a. mit der „katastrophalen Haushaltslage der Stadt, die eine Umsetzung des Straßenbau-Programms im bisher vorgesehenen Zeitraum gar nicht zulässt und mit dem Wunsch vieler Anlieger, eine längere Vorlaufzeit zu haben, um sich besser auf die finanziellen Belastungen durch den Straßenbau einstellen zu können.“

Nach sachlicher Diskussion beschloss der Ausschuss, oft auch unter Zustimmung der CDU, die folgenden 14 Straßen aus der ursprünglichen Planung für 2005 herauszunehmen und nach hinten zu verschieben:

Bornheim:

Botzdorfer Weg (zw. Pohlhausenstr. u. Mittelstein)

Merten:

Händelstraße

Mozartstraße

Offenbachstraße

Rochusstraße

Schubertstraße

Neuaufnahme für 2005: Planung für die Broichgasse

Roisdorf:

Oberdorfer Weg

Sechtem (Beibehaltung der Planungen in 2005 bei Verschiebung des Ausbaus nach 05):

Eupener Straße (zw. Graue-Burg-Str. u. Wirtschaftsweg)

Graue-Burg-Str. (zw. Eupener Str. u. Kronprinzenstr.)

Krausplatz

Walberberg:

Jesuitenbungert (Planung in 2005, Ausbau später)

Widdig:

Alemannenweg (zw. Zerrespfad u. Gemanenstr.)

Auf der Minnen

St. Georg-Straße (zw. Schweizstr. U. Karolingerstr.)

Dem Antrag der Grünen, den Bürgermeister zu beauftragen, dem Ausschuss im Laufe des Jahres eine Überarbeitung der Fortschreibung des Straßenbau-Programms nach 2005 zur Beratung vorzulegen, schlossen sich alle anderen Fraktionen an.